



AUF DEN ANFANG KOMMT ES AN

© Stefan Köber/fotolia.com



LOS GEHT'S

Hier sind unsere Vorschläge
zur Kommunalreform

> Seite 3



STARTKLAR

Junge Brandenburger_innen
wollen mitmischen

> Seite 6/7



VON VORN

Wie Brandenburg die neue
EU-Förderperiode nutzen sollte

> Seite 9

Am Start erkennt man den Sieger? Daran glauben wir nicht. Vielmehr sind wir überzeugt: Auf den Anfang kommt es an! Dass die soziale Herkunft noch viel zu oft den Bildungserfolg bestimmt, das wollen wir nicht hinnehmen und packen das Thema Kita-Qualität an.

Gar nicht früh genug kann man damit anfangen, sich in die Politik einzumischen. Was junge Menschen hierzulande von Regierung und Parlament erwarten, haben wir den Landesjugendring gefragt. Jede Menge Fragen gibt es auch zum Thema Energiewende: Wir diskutieren mit Ihnen, wie man die Umstellung auf Erneuerbare beginnen kann. Und für die Umstellung der Kommunen auf schrumpfende Bevölkerungszahlen und sinkende Einnahmen

haben wir jetzt als erste Fraktion konkrete Vorschläge für die Gebiets- und Aufgabenreform gemacht.

Zurück auf Start gehen wir in der Enquete „Aufarbeitung“: Sportlich glänzte die DDR oft golden, silbern und bronzen – aber zu welchem Preis? Beim CCS heißt es für uns: Wehret den Anfängen! Deshalb bringen wir im Sommer einen Gesetzentwurf zum Verbot eines CO₂-Endlagers in Brandenburg in den Landtag ein.

Wir wünschen eine anregende Lektüre und einen guten Start in den Sommer.

3 FRAGEN AN...

MARIE LUISE VON HALEM

© Fraktion

Das Volksbegehren gegen die Hochschulfusion in der Lausitz ist angelaufen. Wie verhält sich die bündnisgrüne Fraktion dazu?

Wir verstehen den Ärger der Betroffenen, die in den Prozess nicht eingebunden waren, und halten an unserem Vorschlag fest, dass alle Beteiligten in einem Lausitzbeirat zu einer konsensfähigen Lösung kommen. Das Volksbegehren unterstützen wir als Mittel, um eine bessere Hochschulpolitik in Brandenburg einzufordern.

Seit drei Jahren diskutiert der Landtag das Abgeordneten-gesetz. Was wird neu geregelt?

Es wird u. a. die Altersversorgung halbiert und künftig kapitalfinanziert – das entlastet langfristig den Landeshaushalt. Die Diäten sollen zwar steigen, aber dafür entfallen die steuerfreien Kostenpauschalen. Sonderrechte für Abgeordnete werden abgeschafft. In vielem sind sich die Parlamentarier_innen einig. Wir Bündnisgrünen wollen zusätzlich regeln, dass Abgeordnete künftig auch ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen.

Die Regierungskoalition und die CDU wollen die Einflussnahme von Lobbyist_innen auf politische Entscheidungen in der Geschäftsordnung des Landtags regeln, die Bündnisgrünen bestehen auf einem Lobbyregistergesetz. Was macht den Unterschied?

Politik braucht Interessenvertretung, sie muss aber transparent sein. Wir wollen offenlegen, wer mit welchen Mitteln auf Landtag und Landesregierung Einfluss nimmt, um die Interessen derer zu schützen, die weniger Geld und Macht aufbringen können. Nur mit einem Gesetz können wir auch die Lobbyist_innen verbindlich erfassen, die für Regierung, Ministerien und Behörden tätig sind. Wir wollen eine öffentlich einsehbare Datenbank und Verstöße sanktionieren können.

Marie Luise von Halem ist parlamentarische Geschäftsführerin und Sprecherin für Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Jugendpolitik.

UNERHÖRT

Schlechtes Timing: Ausgerechnet am Internationalen Tag gegen den Lärm am 24. April musste Minister Jörg Vogelsänger im Verkehrsausschuss bestätigen, dass sein Ministerium bereits 2008 von der Absicht der Flughafengesellschaft wusste, die AnrainerInnen mit einem Billigschallschutz abzuspeisen. Einen Tag danach urteilte das Oberverwaltungsgericht zu Gunsten der Betroffenen: Der Schallschutz muss so ausgelegt sein, dass tagsüber in geschlossenen Räumen 55 Dezibel nicht überschritten werden.

FRAUENQUOTE AUF ALLEN EBENEN

Der gescheiterte Versuch, auf Bundesebene den Frauenanteil in Aufsichtsräten per Gesetz zu erhöhen, ist nicht das Ende der Frauenquote. Wir haben gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen die Landesregierung aufgefordert, die Initiative für eine Europäische Frauenquote zu unterstützen, die die Bundesregierung durch die Hintertür in Brüssel aushebeln will. Wir gehen selbst mit gutem Beispiel voran: Zwei Abgeordnete unserer zu 60 Prozent weiblichen Fraktion nehmen am bündnisgrünen Mentoringprogramm teil, das junge Frauen in die Politik begleitet.

ÜBERHAUPT KEINE FÖRDERKULTUR

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur vergibt die jährlich bereit stehenden 1,1 Mio Euro Fördergelder für Soziokultur und freie Theater ohne gültige Förderrichtlinie und ohne Fachbeirat – an die immer gleichen Zuwendungsempfänger_innen in gleicher Höhe. Diese Praxis rügt jetzt auch der Landesrechnungshof. Unsere Fraktion fordert seit 2011, dass die Auswahl der Förderprojekte durch externen unabhängigen Sachverstand und mit transparenten Förderkriterien erfolgt.

ZUKUNFT DER KOMMUNAL- UND LANDESVERWALTUNG

WIR BEFLÜGELN DIE DISKUSSION

Aufruhr in der Enquete 5/2 – rot-rote Karte für die Regierungskoalition: SPD und Linke wollten sich nach zwei Jahren intensiver Arbeit der Kommission um konkrete Vorschläge für die Aufgabenübertragung vom Land auf die Kommunen drücken. Auf Druck aus der Opposition, von ExpertInnen und kommunalen Spitzenverbänden haben die Koalitionsfraktionen einen Rückzieher machen müssen. In ihrem Bericht an den Landtag im Herbst dieses Jahres wird die Kommission also doch Empfehlungen für zukünftige Strukturen formulieren, die in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden sollen.

Erste konkrete Vorschläge kommen von den Bündnisgrünen

Der demografische Wandel und die sich verschlechternde Finanzausstattung zwingen Brandenburg, die Struktur und Aufgabenwahrnehmung der Kommunen neu zu ordnen. Unsere Fraktion hat fast 50 zur Diskussion stehende Aufgabenfelder des Landes bewertet und davon 11 zur Kommunalisierung empfohlen, z. B. die schulpsychologische Beratung. Andere Landesaufgaben wie der Straßenbau, die Forst-, Land- oder Wasserwirtschaft müssen noch weiter auf eine Kommunalisierbarkeit überprüft werden. Um Bereiche wie die Denkmalpflege, Naturschutz und Großschutzgebiete soll sich weiterhin das Land kümmern – wir befürchten hier sonst

den Verlust und die Zersplitterung von Fachkompetenz, einen größeren Personalaufwand und verstärkte politische Einflussnahme vor Ort.

BürgerInnen bestimmen mit

Aufgabenwahrnehmung und Gebietsstruktur sind eng miteinander verknüpft. Mit künftig 7 bis 10 Landkreisen und Potsdam als kreisfreier Stadt kann eine effektive Verwaltung entstehen. Die häufig diskutierten Regionalkreise lehnen wir ab, weil dort aufgrund der Flächengröße eine kommunale Selbstverwaltung und ehrenamtliches Engagement nicht mehr praktikabel sind. Dabei muss auch die Auf-

gabenverteilung zwischen Landkreisen, Gemeindeverbänden und Gemeinden auf den Prüfstand. Unser Ziel ist eine bürgerInnennahe Verwaltung und dass die Gemeinde das Eingangstor für alle Verwaltungsdienstleistungen ist. Auf der gemeindlichen Ebene soll es künftig auch mehr Rechte und Möglichkeiten geben mitzubestimmen, z. B. in BürgerInnenbegehren und -entscheiden.

*Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin*

Positionspapier zur Funktionalreform:
www.gruenlink.de/hey

Natur- und Artenschutz soll auch Sache des Landes bleiben



© Bergingfoto/fotolia.com

BEGLÜCKUNG ODER BESTRAFUNG?

Seit 2010 können BürgerInnen in Brandenburg ihre LandrätInnen selbst wählen – eine Errungenschaft der direkten Demokratie. Und doch sind seitdem sechs von sieben Direktwahlen gescheitert, letztendlich hat dann wieder der Kreistag entschieden. Ist es so, wie Teile der SPD und DirektwahlgegnerInnen bemerken, dass man keine Volksbeglückung organisieren müsse, wenn das Volk nicht beglückt werden möchte?

Von Beglückung kann keine Rede sein – eher von Bestrafung der WählerInnen! Bei der Stichwahl gewinnt nicht automatisch die oder der mit den meisten Stimmen. Es müssen sich 15 Prozent aller

Wahlberechtigten für die Kandidatin oder den Kandidaten ausgesprochen haben – eine deutschlandweit einmalige Hürde. Für die Wahl in Teltow-Fläming bedeutet es, dass nicht die in der Stichwahl überlegene Kandidatin Landrätin wird, sondern wer im September die Mehrheit im Kreistag erringt – eines Parlaments, das bald darauf zur Neuwahl ansteht. Im Kreistag Barnim



wurde 2010 der Landrat sogar ausgelost! Wen wundert's, wenn BürgerInnen, deren Votum bei der Wahl und dann auch der Stichwahl unwirksam ist, politikverdrossen zu Hause bleiben. Die Abschaffung des 15%-Quorums konnten wir (noch) nicht durchsetzen. Als nächsten Schritt peilen wir die Änderung der Kommunalverfassung an: Wenn die Wahlen zu BürgermeisterInnen und LandrätInnen mit den Kommunal- und Landtagswahlen zusammengelegt werden, schlägt sich das auch in einer höheren Wahlbeteiligung nieder.

*Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin*

SPORT FREI? ZWEI SEITEN EINER MEDAILLE

Die DDR war Spitze: Gold-, Silber- und Bronze-Medaillen glänzten nach olympischen Spielen in den Vitrinen. Der Preis dafür war hoch: eine generalstabsmäßig geplante Kaderauswahl und militärischer Drill in vielen Sportschulen und -vereinen, MfS-Überwachung und flächendeckendes Doping schon beim Nachwuchs. Dennoch sehen einige den DDR-Medaillenspiegel weiterhin als Ausweis „eines der weltweit erfolgreichsten Sportsysteme“ und bagatellisieren negative Folgen der SED-Sportpolitik. In der Enquetekommission wurden jetzt erstmals VerbandsvertreterInnen, Betroffene und

SportwissenschaftlerInnen dazu angehört. Einige Aussagen hatten es in sich: Jenseits mancher Prestigeerfolge gibt das selbst ernannte Sportland Brandenburg demnach selten eine wirklich gute Figur ab. Der in der DDR vernachlässigte Breitensport kommt kaum voran, Brandenburg ist sogar bundesweites Schlusslicht. Die ehemalige DDR-Spitzensportlerin Ines Geipel bemängelt einen fehlenden „Mentalitätsbruch“ und fatale Personalkontinuitäten in den Verbänden. Dopingopfer könnten in diesem Umfeld kaum Unterstützung erwarten. Immerhin: An einem Projekt wie dem des Landessportbundes Thüringen zur

Aufarbeitung der dortigen Sportgeschichte gibt es nun auch hier Interesse. Das könnte ein Impuls aus der Enquete sein, weitere müssen folgen: Eine ernsthafte Rehabilitation der DDR-Sportopfer und Aufklärungsarbeit über politischen Missbrauch des Sports – nicht nur in der DDR. Und mehr Breitensportangebote. Gerade für Kinder und Jugendliche, auch wenn sie nicht SpitzenathletIn werden wollen.

*Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender*

KEINE CO₂-ENDLAGER IN BRANDENBURG

SICHER IST SICHER: CCS-LÄNDERGESETZ

Vattenfall hat sich zurückgezogen – aus seinen CO₂-Verpressungsprojekten in Brandenburg. Der Widerstand der Bürger_innen im Raum Beeskow und im Oderbruch hat der CCS-Technologie in Brandenburg den Boden entzogen. Doch die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (Carbon Capture and Storage – CCS) ist damit noch nicht vom Tisch.

CCS weiter salonfähig

In Brüssel wird munter diskutiert, einen europaweiten Zertifikatehandel für die CO₂-Verpressung einzuführen. Und seit April dieses Jahres können Unternehmen, Sponsor_innen oder Konsortien aus EU-Staaten, die Geschäftsmodelle oder Technologien für kommerzielle CCS-Demonstrationsprojekte entwickelt haben, bei der EU Gelder für die CO₂-Abscheidung und -Speicherung beantragen. Offensichtlich will die EU-Kommission die umstrittene

Technologie doch noch voranbringen und so auch neue Kohlekraftwerke und Tagebaue rechtfertigen.

Saubere statt Sauer

Ein 2012 verabschiedetes Bundesgesetz erlaubt die Verpressung von vier Millionen Tonnen Kohlendioxid jährlich in Deutschland. Die Länder können CCS auf ihrem eigenen Territorium jedoch verbieten. Unsere Fraktion will CCS in Brandenburg definitiv ausschließen und bringt im Sommer 2013 einen Gesetzentwurf dazu in den Landtag ein. Auch in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein gibt es diese Bestrebungen. Solch ein Gesetz hat viele Effekte: Wo nicht CO₂ verpresst wird, bleibt die Option, Geothermie zu nutzen. Das Grundwasser, das durch CCS zu versalzen und zu versauern droht, bleibt sauber. Eine CO₂-Vermeidung ist sowieso umweltfreundlicher, aber auch wirtschaftlicher als eine CO₂-Speicherung.

Das Wort von Platzeck

Wir nehmen gern den Ministerpräsidenten beim Wort, der 2009 verkündete: Ohne CCS keine neuen Tagebaue. Mit einem CCS-Ausschluss-Gesetz können neue Tagebaue im Land verhindert werden – und damit die weitere Vernichtung von Dörfern, die Umsiedlung tausender Menschen, eine Absenkung des Grundwassers und der Verlust vieler Quadratkilometer wertvoller Landschaft mit unersetzbaren landwirtschaftlichen Flächen. Ein Gesetz sorgt für Planungssicherheit bei Landwirt_innen und Unternehmer_innen und bewahrt sie – gerade in den strukturschwachen Regionen – vor Konzernen mit der Lizenz zum Wegbaggern von Flächen, aufgebauten Existenzen und Arbeitsplätzen. Und auch vor zunächst unabsehbaren Folgen – wie z. B. braunen Flüssen.

Sabine Niels
Sprecherin für Bergrecht



INTERVIEW

ATTRAKTIV FÜR GÄSTE, BLIND FÜR DIE JUGEND?

Gemeinsam mit Rot-Rot hat unsere Fraktion das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt. Die Änderung der Kommunalverfassung für mehr Jugendbeteiligung und die Erhöhung des Landesjugendplanes wurden jedoch abgelehnt. Wir sprachen mit Susanne Netzel vom Landesjugendring, der Jugendbeteiligung als Antwort auf drängende kommunale Zukunftsfragen am 3. Juni diskutiert.

Sind junge Menschen angemessen beteiligt?

S. Netzel: Die Absenkung des Wahlalters ist wichtig. Doch darauf dürfen wir uns nicht ausruhen! Junge Menschen müssen viel selbstverständlicher beteiligt werden: in der Kita, der Schule, ihrem Lebensumfeld. Beteiligung ist ein Grundrecht nicht nur für Erwachsene! Die demographische Entwicklung birgt die Gefahr, dass junge Menschen und ihre Interessen noch weniger gehört werden. Deshalb müssen sie ein verbrieftes Recht bekommen, gehört zu werden, z. B. bei Planungen in der Kommune.



Susanne Netzel

ist ehrenamtliche Vorstandssprecherin des Landesjugendringes Brandenburg (LJR). Der LJR ist die Arbeitsgemeinschaft der 31 landesweit tätigen Jugendverbände und der Kreis- und Stadtjugendringe. Er tritt für die Interessen junger Menschen gegenüber Politik, Verwaltung und der Öffentlichkeit ein. Er engagiert sich für bessere Beteiligungsrechte, angemessene Förderung von jungen Menschen und gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.



Woran krankt es noch?

S. N.: Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume, um sich auszuprobieren, ihren Weg zu finden. Vielerorts, auch auf Landesebene, werden Einrichtungen geschlossen oder die Förderung von Bildungs- und Freizeitmaßnahmen reduziert, immer mit Verweis auf die knappen öffentlichen Kassen. Ein fataler Fehlschluss! Brandenburg macht sich für Touristen und Monarchie-Fans chic, verliert aber den Blick auf die eigene Jugend. Wir brauchen junge Menschen, die mit Zuversicht ihr Leben in unserem Land gestalten wollen. Wenn sie schon früh hören, dass für ihre Ideen kein Geld da ist, werden sie kein Vertrauen in Politik und Verwaltung entwickeln. Jüngstes Beispiel ist der Versuch des Jugendministeriums, die Rechte des Landesjugendhilfeausschusses zu beschränken.

Was erwarten Sie von den Parlamentarier_innen?

S. N.: Dass sie jungen Menschen zuhören und sie ernst nehmen. Es braucht neue Beteiligungsmöglichkeiten und eine bessere Anerkennung von erworbenen Kompetenzen in der Jugendarbeit. Und die deutliche Erhöhung des Landesjugendplans.

QUO VADIS, KITA-QUALITÄT

FÜR MEHR KOHLE. FÜR KITAS.

Ab August dieses Jahres haben Eltern Anspruch auf einen Kita-Platz für ihre Kinder ab einem Jahr. Auch wenn es hierzulande regional Unterschiede gibt: Brandenburg hat mit seinem hohen Versorgungsgrad in Deutschland mit die Nase vorn. Beim Betreuungsschlüssel allerdings bleibt es Schlusslicht. Auch wenn seit 2010 nur noch 6 statt 7 der Null- bis Dreijährigen von einer Erzieherin oder einem Erzieher betreut werden (12 statt 13 bei den Vier- bis Sechsjährigen), konnte sich Brandenburg bundesweit nicht verbessern: Es bleibt auf dem letzten Platz. Schlechtes Abschneiden auch bei den Sprachfähigkeiten 2012: 17 Prozent der märkischen Vorschulkinder hatten Sprachdefizite – mehr als ihre Berliner Altersgenoss_innen.



© Jürgen Fricke/fotolia.com

Ohne Weichenstellung ist der Zug abgefahren

Die Fachleute sind sich lange einig: In den ersten Lebensjahren werden die Weichen für die Bildungserfolge von Kindern gestellt. Aber eine aktuelle NUBBEK*-Studie für ganz Deutschland zeigt: Für viele Kinder ist der Zug dennoch abgefahren. Die Forscher_innen bescheinigen 80 Prozent der Betreuungseinrichtungen nur mittlere Qualität. Weniger als 10 Prozent leisten gute pädagogische Arbeit, mehr als 10 Prozent schlechte. Kinder aus sehr guten Einrichtungen waren solchen aus sehr schlechten mit ihren Denkfähigkeiten und in der sozialen Entwicklung um ein ganzes Jahr voraus!

Der Kita-Ausbau darf also nicht nur quantitativ erfolgen. Wir gehen davon aus, dass das Zusammenspiel aus gutem Betreuungsschlüssel, gut ausgebildeten Erzieher_innen und ausreichend für die Leitung einer Kita freigestellten Fachkräften die Qualität einer Einrichtung ausmachen.

Klar: Mehr Kohle für Kitas

Wo hierzulande wieviel und genau wofür in qualitativ bessere Kitas investiert werden muss, wollen wir mit einer Untersuchung speziell für Brandenburg herausfinden. Ziel ist es, einheitliche und verbindliche Qualitätsstandards zu entwickeln. Was wir heute schon wissen: Das Land muss mehr Geld in die Hand nehmen. Sicher ist aber auch: Früh investierte Mittel werden sich für die Kinder und für Brandenburg auszahlen. Mit einem Stufenplan lassen sich die erforderlichen Maßnahmen staffeln.

*Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin*

**Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit*

IM PORTRAIT

BENJAMIN GROCHOWSKI: VON DER WELT- ZUR KOMMUNALPOLITIK

Wenn man die bündnisgrüne Fraktion im Brandenburger Landtag anruft, ist Benjamin Grochowski am Telefon. Das hat mit seinem Politikdozenten aus dem Gymnasium zu tun. Als der angehende Abiturient nicht so richtig wusste, was im Leben werden, riet ihm der Lehrer: Studier' Politikwissenschaft oder werde Gebrauchtwagenhändler. „Ich hab' wohl viel geredet und gern diskutiert“ versucht der Absolvent der Freien Universität Berlin heute eine Erklärung. Ganz unschuldig an der Berufswahl soll auch der Opa nicht sein, der im Stahlwerk arbeitete, Neulehrer wurde und als Historiker noch heute politisch engagiert ist.

Jung und grün

„Mit Studienbeginn 2003 suchte ich nach einer politischen Heimat und landete bei der grünen Jugend.“ Seit Sommer 2012 arbeitet Benjamin Grochowski nun als Vorstandsassistent in der bündnisgrünen Fraktion. Er ist in Potsdam geboren und wohnt auch hier. „Ich bin sehr bodenständig, hab' nie mehr als 20 Kilometer von Potsdam entfernt gewohnt.“ Bis auf die Zeit seines Auslandsaufenthalts. Als Projektmanager, von der EU finanziert, half er während seines Studiums 2006 und 2007, ein grünes Netzwerk in Serbien aufzubauen und wohnte bei einer Belgrader

Gastfamilie. „Als Politikstudent brennst du ja für Völkerrecht und große Weltpolitik“, erinnert sich der heute 30-Jährige. „Aber 2007 machte ich einen Schnitt: Hörte mit dem Rauchen auf und dem vielen Reisen. Interessierte mich für kommunale Angelegenheiten – und fand's total spannend.“ Auf einen Uni-Aushang hin meldete er sich als Wahlkampfmanager für den Potsdamer bündnisgrünen Kreisverband und wurde 2008 für drei Jahre sein Geschäftsführer.

Fels in der Brandung

Sein Geld verdiente er auch als Kurierfahrer, im Callcenter, als Garderobier im Potsdamer Nikolaisaal. Nach einem Abstecher

in die Potsdamer Stadtverwaltung kam Benjamin Grochowski in die Fraktion. „Das ist mein Traumjob“, schwärmt er. „Genau die richtige Mischung aus Politik, Organisation und persönlichem Miteinander“.

Fraktionssitzungen und Klausuren vorbereiten, Post bearbeiten und Termine machen, Telefonieren und Recherchieren – und alle zwei Minuten steht jemand in der Tür: Wenn im Fraktionsbüro regelmäßige Chaostage ausbrechen, steht der Assistent darin wie der Fels in der Brandung. Dann schaut er vielleicht auf das Foto auf seinem Schreibtisch, das seine Freundin und die im März geborene Tochter zeigt – er weiß jetzt schon, dass sie kein Einzelkind bleiben soll. Und außerdem erdet den jungen Vater die Balkanerfahrung. „In Serbien habe ich politische Leidenschaft gelernt. Aber auch, dass nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Dort lebst du in der Gewissheit, dass es immer weiter geht.“



© Fraktion

Frauke Zelt

EU-FÖRDERPERIODE 2014 BIS 2020

WORAUF ES UNS ANKOMMT

Die Mittel aus den drei EU-Fonds EFRE (Regionale Entwicklung), ELER (Ländlicher Raum) und ESF (Sozialfonds) werden für Brandenburg um ein rundes Drittel auf 2 Milliarden Euro sinken. Künftig liegt der von der EU vorgegebene Fokus auf innovativen Projekten und kleinen Unternehmen; ein Fünftel der EFRE-Mittel muss dem Klimaschutz in der Wirtschaft zufließen. Der ESF wird sich mehr darauf konzentrieren, Armut zu bekämpfen, soziale Randgruppen zu integrieren und lebenslanges Lernen zu befördern. Alles Ziele, die wir unterstützend aufgreifen wollen. Der von der Landes-

regierung vorzulegende Entwurf für die Verwendung dieser Mittel wird bis zum Sommer im Landtag diskutiert, bevor er im August an die EU zur Genehmigung geht.

Die Basis bestimmt

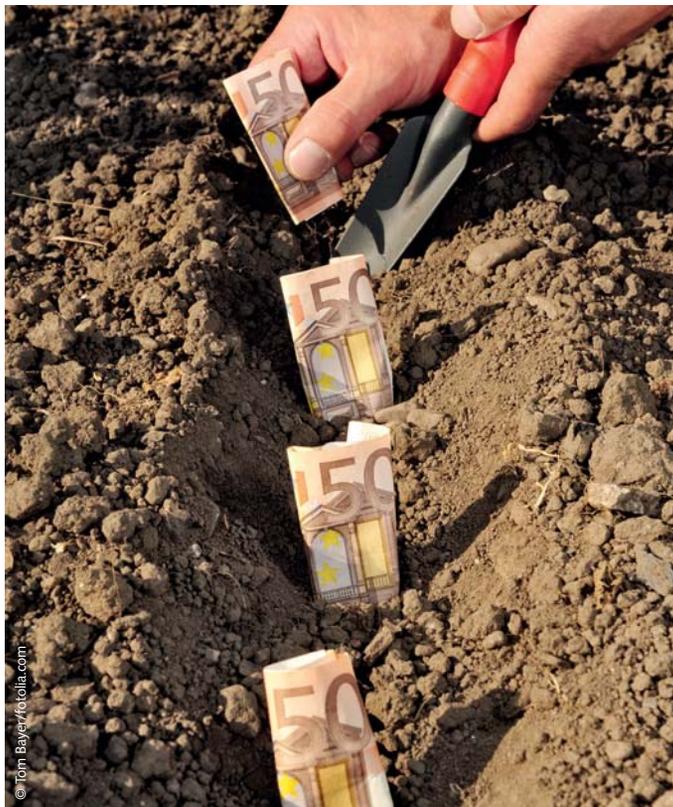
Wir wollen, dass FördermittelempfängerInnen Tarif- bzw. Mindestlohn zahlen, Energie und Ressourcen sparen sowie Familien und Gleichstellung befördern. Das in LEADER-Projekten geübte dezentrale Vergabeverfahren soll in allen Fonds angewendet und die Steuerung durch das Land zurückgefahren werden: Lokale Aktionsgruppen sollen mitbestimmen, wie die Mittel verteilt werden. Für die Investitionsförderung gilt, auch vor dem Hintergrund der zurückgehenden Mittel: weg von verlorenen Zuschüssen – hin zu Mikrokrediten, Beteiligungsfonds, Bürgschaften und Darlehen.

Die ESF-Förderung muss mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft einher gehen, damit z. B. der Fachkräftebedarf für eine CO₂-arme Wirtschaft gedeckt werden kann. Spannend finden wir die EU-Idee eines Fonds für soziales UnternehmerInnen-tum, der Vorhaben wie z. B. BürgerInnenbusse oder die Betreuung für Kinder bzw. Ältere unterstützt. Ökologische und Gemeinnützigkeitskriterien müssen auch hier gelten.

ELER für ALLE

Statt einer reinen Betriebsförderung sollen gesamtgesellschaftliche Leistungen im ländlichen Raum im Mittelpunkt stehen. Wir wollen regionale Kreisläufe beim Verarbeiten, Vermarkten und Konsum von nachhaltig produzierten Lebensmitteln, aber auch emissionsarme Verkehrssysteme sowie Auto- oder Radsharing fördern, um die Mobilität auch im ländlichen Raum zu sichern.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender



© Tom Bayer/fotolia.com

100 PROZENT ERNEUERBARE ENERGIEN UMSETZEN ANKUNFT IM ALLTAG



Für die meisten kommt der Strom einfach aus der Steckdose. Viele finden es jedoch reizvoll, Strom und Wärme dezentral aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Aber auch wer nicht investieren und gestalten möchte, soll einen Nutzen aus der Energiewende ziehen.

Angeheizte Strompreisdebatte

Die Strompreisdiskussion zeigt, dass der Erfolg der Energiewende nicht am grünen Tisch der Politik entschieden wird, sondern durch die Akzeptanz in Wohnzimmern und Unternehmen. Auch wenn die öffentliche Diskussion einen anderen Eindruck erweckt: Der Strom macht in einem Durchschnittshaushalt gerade einmal ein Viertel der Energiekosten aus, den Rest teilen sich Benzin und Heizung. Mit dem Strompreis sind aber auch die Heiz- und Benzinkosten gestiegen – und dies in noch stärkerem Maße.

Für Geringverdienende wird es zunehmend schwieriger, die Stromrechnung zu

bezahlen – das liegt aber nicht an der Energiewende. Die Stromversorger müssen mit verschuldeten Haushalten anders umgehen. Zu Stromsperrern, die hohe Abklemm- und Wiederanschlusskosten verursachen, gibt es Alternativen: Mit Prepaid-Zählern z. B. – vergleichbar dem Prepaid-Handy – lässt sich der eigene Verbrauch kontrollieren und steuern.

Wenig Energie verbrauchen, gut leben

Teil der Energiewende muss auch eine effizientere Energienutzung sein. Der Bund fördert Energieeinsparung bisher viel zu wenig. Um mit weniger Verbrauch gut leben zu können, muss es für alle einfacher

werden, die Energiekosten selbst zu steuern. Dann ist Sparen Genuss statt Verzicht.

Eine von uns beauftragte wissenschaftliche Studie belegt: Brandenburg und Berlin können sich bis 2030 zu 100 Prozent mit Strom und bis 2050 auch mit Wärme aus erneuerbaren Energien versorgen. Wie der Umstieg praktisch vonstatten gehen, wie man ihn selbst mitgestalten kann und was die Landespolitik dazu leisten muss, diskutiere ich gern mit Ihnen auf unseren Veranstaltungen.

*Michael Jungclaus
Energiepolitischer Sprecher*

100% ERNEUERBARE IN BRANDENBURG SICHER UND BEZAHLBAR GESTALTEN

Trotz Schwerpunkten gibt es Raum für alle Fragen zur Energiewende.

- **6.5., Ludwigsfelde:** Bioenergieregion
- **29.5., Eberswalde:** Dezentrale Energieversorgung mit bürgerschaftlichem Engagement
- **23.5., Cottbus:** Regelenergie ersetzt Grundlast
- **3.6., Oranienburg:** Gut wohnen mit Klimaschutzkonzepten?

Die genauen Orte und Zeiten unter www.gruenlink.de/i37

SMILEYS HÄTTEN GUT LACHEN

Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Das erste Quartal 2013 begann mit Pferdefleisch in der Rinderlasagne, es folgten Mogeleier und Schimmelpilzgifte in Futtermitteln. Das zweite Quartal startete wieder mit Pferdefleischlasagne. Der falsch deklarierte Pestizid-Mais aus Italien hat es schon gar nicht mehr auf die Titelseiten der Zeitungen geschafft.



© Joe Gough/fotolia.com

Auch in Brandenburg ist die Empörung groß: Die Landesregierung zeigt mit dem Finger auf EU und Bund, die für die Ursache der Skandale – eine verfehlte Agrarpolitik mit industrieller Produktion und Massentierhaltung – vor allem verantwortlich sind. Aber Brandenburg hat als einziges Bundesland aufgehört, die Umstellung von Landwirtschaftsbetrieben auf Ökolandbau zu fördern. Die linke Umweltministerin Tack verkündet eine verbraucherpolitische Strategie – allerdings ohne konkrete Maßnahmen und Finanzierungsplan. In ihrer Behörde sinkt derweil die Zahl der u. a. für gesundheitlichen Verbraucherschutz sowie Lebens- und Futtermittelüberwachung zuständigen Stellen bis 2018 von 80 auf 42! Und die SPD fordert in der Aktuellen Stunde zum „Weltverbraucherntag“ gut informierte und aufgeklärte VerbraucherInnen. Aber unseren Antrag, die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen zu veröffentlichen und das Smiley-System einzuführen, wollten die SPD-Abgeordneten nicht einmal im Ausschuss diskutieren. Übrigens: In Dänemark hat sich seit Einführung des Smiley-Systems 2001 die Zahl der beanstandeten Fälle halbiert.

Michael Jungclaus
Verbraucherschutzpolitischer Sprecher

KEIN HONIGSCHLECKEN

Sie sind nicht einfach nur nützlich: Die Honigbiene und ihre wilden Verwandten gehören zu unseren wichtigsten Nutztieren. Dabei liegt der wirtschaftliche Nutzen am wenigsten in der Honigproduktion selbst: 85 Prozent der landwirtschaftlichen Erträge hängen davon ab, dass Bienen Pflanzen bestäuben. Inzwischen kommen nach eigener Aussage immer mehr Berufsimker_innen aus den alten Bundesländern nach Brandenburg. Hier finden sie eine größere Artenvielfalt als z. B. in den Maiswüsten Niedersachsens – noch. Auch Brandenburg ist nicht (mehr) das Land, in dem der Honig fließt. Nektar und Pollen spendende Pflanzen verschwinden aus der intensiv genutzten Agrarlandschaft, Nistmöglichkeiten für Wildbienen werden rar.

Die Zahl der Bienenvölker ist in Brandenburg innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte von 125.000 auf 35.000 geschrumpft. Mehr als die Hälfte der rund 550 Wildbienenarten ist gefährdet. Von den 3.000 Imker_innen im Land kommt nicht mal ein Viertel des Honigs, der in Brandenburg und Berlin jährlich verspeist wird.



© Ludmilla Smiter/fotolia.com

Der von unserer Fraktion in mehreren Orten gezeigte Film „More than Honey“ hat vor Augen geführt: Es braucht gezielte Agrarumweltförderprogramme, um die Landwirtschaft am Leben zu erhalten. Das heißt auch: weniger Agrogentechnik, mehr Blühstreifen und mehr Ökolandbau. Für letzteren hatte Rot-Rot ja die Förderung eingestellt.

Sabine Niels
Landwirtschaftspolitische Sprecherin

TRAGÖDIE ODER THRILLER: BRAUNE SPREE-FILM



© Fraktion

Den Spree-Film gibt's demnächst auf unserer Website.

Mit etwas Abstand wird der Blick oft klarer – aber nicht für die Spree: Bei der Befliegung mit einem Kamerateam im Frühjahr zeigte sich das Ausmaß der Verockerung noch deutlicher als vom Ufer oder Kahn aus.

Sulfat sieht die Kamera nicht. Dennoch ist es Augenwischerei des Gesundheitsamtes, eine Überschreitung des Sulfat-Grenzwerts (250 mg/l) für Trinkwasser aus dem Wasserwerk Lübbenau bis zu 400 mg/l zu dulden. Ab 500 mg/l Sulfat ist es für Säuglingsnahrung nicht mehr geeignet. Klar bleibt, dass Brandenburg mit dieser Folgelast der Kohleförderung noch lange wird kämpfen müssen. Und dass neue Tagebaue unverantwortlich wären.

Sabine Niels, Sprecherin für Bergrecht

Michael Jungclaus, Umweltpolitischer Sprecher

TERMINE

Lärmaktionsplanung:

Wirksames Instrument oder zahnloser Tiger?

Fachgespräch: 28. Mai, 17.30 Uhr

Im Landtag Brandenburg

100% Erneuerbare Energien in Brandenburg umsetzen

29. Mai, 18.30 Uhr,

Paul-Wunderlich-Haus Eberswalde

3. Juni, 18.30 Uhr,

Bürgerzentrum, Oranienburg

Alles weitere zu unseren

Fraktionsveranstaltungen:

[www.gruene-fraktion-brandenburg.de/
veranstaltungen](http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen)

PUBLIKATIONEN

Sie haben Interesse an einer unserer Publikationen
oder wollen brandGRÜN abonnieren?

**NEU: Wollen Sie künftig „brandgrün online“
per E-Mail beziehen?**



Dann schreiben Sie uns eine E-Mail an:
info@gruene-fraktion.brandenburg.de

**Auf unserer Webseite finden Sie
alle Publikationen als Download:**

www.gruene-fraktion-brandenburg.de/publikationen

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
Tel. 0331 9661701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de

V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger

Textredaktion: Frauke Zelt

Bildredaktion: J. Forsy/F. Zelt

Titelbild: Stefan Körber/fotolia.com

Satz und Layout: ZITRUSBLAU

Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

IM BRANDENBURGER LANDTAG